



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2019

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung	3
II.	Zusammenfassung Deutschland	4
III.	Deutschland – Daten 2019	7
IV.	Zusammenfassung Länder	12
V.	Länder – Daten 2019	17
VI.	Tabellenverzeichnis	37

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfangenden, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen und auch auf Grundentscheidungen zur Frage, wie die Hilfen der Bundesstiftung im jeweiligen Bundesland verwendet werden sollen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007, mit Wirkung für den Berichtszeitraum zuletzt geändert am 26. Juni 2018, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der - positiv beschiedenen - Hilfeempfangenden geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet, wieder.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2019 **778 090 Lebendgeburten**. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem sich ein ganz leichter Anstieg um 0,33 % auf 787 523 Geburten ergeben hatte, kam es zu einem Rückgang um **1,2 %**. Außer 2017 waren in den Vorjahren hohe Steigerungen zu verzeichnen: Die Geburtenzahl stabilisierte sich damit weiterhin auf hohem Niveau.

2019 war mit **144 000 Antragstellerinnen** ein Rückgang von 6,3 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dies ist seit 2013 die geringste Anzahl an Antragsstellerinnen. Die Zahl der **Hilfeempfängerinnen** ging um 6,1 % auf **132 170** zurück. Diese war zuletzt 2014 niedriger. Damit hat sich sowohl die Zahl der Antragstellerinnen wie auch die der Hilfeempfängerinnen weiter diesem Niveau angenähert. Die Bewilligungsquote ist mit 92 % gleichgeblieben (Tabelle 1).

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, betrug ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten, in 2019 **17,0 %**, wohingegen 2018 der Anteil noch bei 17,9 % lag und 2017 bei 19,5 %. Der Anteil verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte, wodurch in 2019 etwas mehr als **jede sechste Schwangere**¹ von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt wurde.

Bei den Altersgruppen der Hilfeempfängerinnen gab es in 2019, wie bereits die Jahre zuvor, keine Veränderung. Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** lag konstant bei **98 %** und die der **Minderjährigen** entsprechend bei nur **2 %** (Tabelle 2).

In Bezug auf den **wirtschaftlichen Status** der Hilfeempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt), ist der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach dem SGB II und XII erhalten, um 2 Prozentpunkte auf 51 % gesunken. Somit stellt diese Einkommensart immer noch mit großem Abstand die am häufigste vorkommende Einkommensart der Hilfeempfängerinnen dar. Der Anteil an Hilfeempfängerinnen, die weder eigenes Einkommen noch Sozialleistungen beziehen, ist um 2 Prozentpunkte auf 15 % gestiegen. Bei den Anteilen der Hilfeempfängerinnen mit anderen Einkommensarten gab es gegenüber zum Vorjahr keine Veränderungen (Tabelle 3).

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es in 2019 keine Veränderungen. Nach wie vor wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen ganz überwiegend nach

¹ Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2019 geboren wurden, zum Teil bereits in 2018 erfolgt sind und zum anderen Kinder, für die noch in 2019 eine Bewilligung ausgesprochen wurde, erst Anfang 2020 geboren wurden.

der 12. **Schwangerschaftswoche**² beantragt. Seit 2017 lag der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die ihren Antrag nach der 20. Schwangerschaftswoche stellten, bei 68 %. Bis zur 12. Schwangerschaftswoche wurden 4 % der Anträge gestellt. Die zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge machen nach wie vor 28 % aus (Tabelle 5).

Die **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen haben sich seit 2016 nur marginal verändert. Die größte Gruppe mit 49 % bildeten im Berichtsjahr diejenigen Empfängerinnen, die in ehelicher Gemeinschaft lebten. Dieser Anteil sank aber im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozentpunkte. Der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden stieg dagegen um zwei Prozentpunkte auf 34 %. Mit 17 % blieb der prozentuale Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen erneut konstant (Tabelle 6).

In 2019 war die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** gegenüber dem Vorjahr relativ konstant geblieben und nur um 7 Beratungsstellen gesunken. Insgesamt wirkten somit 1 238 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit. Davon befanden sich rund 83 % in freier, der Rest in staatlicher bzw. kommunaler Trägerschaft (Tabelle 7).

Bei der Gesamtzahl von **132 170 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland betrug 2019 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung 763 Euro** und war somit gegenüber dem Vorjahr um 79 Euro höher. Das entspricht einer Erhöhung von 11,6 % (Tabelle 9). Und dies obgleich in 2019 genauso viele Mittel zur Verfügung standen wie im Vorjahr.

Die Erhöhung des Durchschnittsbetrags ergibt sich zum einen aus dem Rückgang der Zahl der Hilfeempfängerinnen um 6,1 %. Zugleich hat sich die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung** gegenüber 2018 verändert: Während sich die Anteile der Bewilligungen bis zu 300 Euro und der Bewilligungen bis 600 Euro um 5 Prozentpunkte bzw. 3 Prozentpunkte verringerten, erhöhten sich die Anteile der Bewilligungen bis zu 1 500 Euro (um 6 Prozentpunkte) und der Bewilligungen bis 1.000 Euro und über 1.500 Euro um jeweils einen Prozentpunkt. Somit wurden am häufigsten Beträge zwischen 300 und 600 Euro bewilligt, es folgten Bewilligungen bis 1 000 Euro, dann bis 1 500 Euro, bis 300 Euro und über 1 500 Euro. Damit hat sich erstmals die Rangfolge verändert, indem die Anteile der Bewilligungen „bis 300 Euro“ und „bis 1 500 Euro“ ihren Platz getauscht haben. Es liegt mithin eine Verschiebung zu höheren Bewilligungsbeträgen vor (Tabelle 10).

Noch deutlicher wird es, wenn man bzgl. der Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung die Daten aus den Ländern heranzieht (Tabelle 30) und dies mit der

² Erfasst wird die Schwangerschaftswoche entsprechend der Angabe im Mutterpass. Diese berechnet sich nach dem ersten Tag der letzten Periode und kann daher von dem tatsächlichen Empfängnisterrin bis zu 2 Wochen abweichen. Die Frist nach § 218 StGB wird dagegen nach dem Zeitpunkt der Empfängnis berechnet. Im Hinblick auf die Frage, wie viele der Hilfeempfängerinnen aus Anlass einer Schwangerschaftskonfliktberatung die Beratungsstelle aufgesucht haben, liefert die Statistik daher nur Näherungswerte, zumal auch nicht jede Hilfeempfängerin, die innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen einen Hilfeantrag stellte, die Beratungsstelle aus diesem Grund aufgesucht haben wird.

Entwicklung aus dem Vorjahr³ vergleicht. 2018 wurden in 2 Ländern am häufigsten Beträge bis 300 Euro bewilligt, und zwar zu 54 % in Baden-Württemberg bzw. zu 47 % in Bremen. Im Berichtsjahr wurden in keinem Land Beträge bis 300 Euro am häufigsten ausbezahlt. 2019 erhielten in 7 Ländern Hilfeempfängerinnen bei der Erstbewilligung eine Summe über 300 und bis 600 Euro ausbezahlt - wie auch im Vorjahr. Eine deutliche Zunahme gab es bei den Bewilligungen der Beträge zwischen 600 und 1 000 Euro: 2019 wurden Bewilligungen in dieser Höhe in 9 Ländern, zwei mehr als im Vorjahr, am häufigsten ausbezahlt, in Berlin sogar zu 77 % und in Sachsen-Anhalt zu 74 %.

³ Siehe Sozialdatenbericht 2018, Tabelle 30; <https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/fachinformation/> „Sozialdatenstatistik“.

III. Deutschland – Daten 2019

Endgültige Geburtenzahl: 778 090 (2018: 787 523)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2010	156 536 (100 %)	144 958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	- 1 %	- 0,2 %
2011	144 504 (100 %)	132 359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,7 %	- 8,7 %
2012	143 246 (100 %)	130 464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %
2013	144 775 (100 %)	132 639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %
2014	145 015 (100 %)	132 049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %
2015	151 313 (100 %)	136 938 (90 %)
Veränderung 2014/2015	+ 4,3 %	+ 3,7 %
2016	172 477 (100 %)	156 682 (91 %)
Veränderung 2015/2016	+ 14,0 %	+ 14,4 %
2017	166 462 (100 %)	152 652 (92 %)
Veränderung 2016/2017	- 3,5 %	- 2,6 %
2018	153 724 (100 %)	140 818 (92 %)
Veränderung 2017/2018	- 7,7 %	- 7,8 %
2019	144 000 (100 %)	132 170 (92 %)
Veränderung 2018/2019	- 6,3 %	- 6,1 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	unter 14 Jahre	14 bis 17 Jahre	ab 18 Jahre
2010	44 (0 %)	3 835 (3 %)	141 079 (97 %)
2011	39 (0 %)	3 344 (3 %)	128 976 (97 %)
2012	41 (0 %)	3 316 (3 %)	127 107 (97 %)
2013	43 (0 %)	3 650 (3 %)	128 946 (97 %)
2014	25 (0 %)	3 313 (3 %)	128 711 (97 %)
2015	34 (0 %)	3 305 (2 %)	133 599 (98 %)
2016	56 (0 %)	3 587 (2 %)	153 039 (98 %)
2017	45 (0 %)	3 072 (2 %)	149 535 (98 %)
Änderung der Erfassung	bis 17 Jahre		ab 18 Jahre
2018	2 632 (2 %)		138 186 (98 %)
2019	2 571 (2 %)		129 599 (98 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland

Status der HiE	Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Leistungen nach AsylbLG ⁴	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2010	35 495 (24 %)	6 835 (5 %)	6 755 (5 %)	70 813 (49 %)	2 179 (2 %)	4 335 (3 %)	18 546 (13 %)
2011	33 397 (25 %)	5 883 (4 %)	6 299 (5 %)	63 423 (48 %)	2 558 (2 %)	3 935 (3 %)	16 864 (13 %)
2012	34 113 (26 %)	5 721 (4 %)	6 029 (5 %)	61 410 (47 %)	2 850 (2 %)	4 587 (4 %)	15 754 (12 %)
2013	33 595 (25 %)	5 650 (4 %)	5 633 (4 %)	62 161 (47 %)	3 836 (3 %)	4 448 (3 %)	17 316 (13 %)
2014	31 464 (24 %)	5 063 (4 %)	5 486 (4 %)	62 770 (48 %)	6 684 (5 %)	4 615 (3 %)	15 967 (12 %)
2015	31 034 (23 %)	3 977 (3 %)	4 598 (3 %)	64 100 (47 %)	13 009 (9 %)	6 314 (5 %)	13 906 (10 %)
2016	31 493 (20 %)	3 830 (2 %)	3 511 (2 %)	69 929 (45 %)	26 239 (17 %)	6 562 (4 %)	15 118 (10 %)
2017	30 899 (20 %)	3 496 (2 %)	3 012 (2 %)	79 202 (52 %)	14 483 (10 %)	6 476 (4 %)	15 084 (10 %)
2018	25 449 (18 %)	2 875 (2 %)	2 929 (2 %)	74 581 (53 %)	10 181 (7 %)	6 734 (5 %)	18 060 (13 %)
2019	24 024 (18 %)	2 725 (2 %)	2 391 (2 %)	67 393 (51 %)	9 300 (7 %)	6 928 (5 %)	19 409 (15 %)

⁴ Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

Tabelle 4: entfallen

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2010	10 886 (8 %)	45 381 (31 %)	88 691 (61 %)
2011	9 535 (7 %)	41 376 (31 %)	81 448 (62 %)
2012	9 135 (7 %)	40 554 (31 %)	80 775 (62 %)
2013	8 759 (7 %)	40 861 (31 %)	83 019 (62 %)
2014	7 916 (6 %)	40 051 (30 %)	84 082 (64 %)
2015	7 802 (6 %)	42 103 (31 %)	87 033 (63 %)
2016	8 165 (5 %)	43 579 (28 %)	104 938 (67 %)
2017	6 286 (4 %)	42 813 (28 %)	103 553 (68 %)
2018	5 524 (4 %)	39 250 (28 %)	96 044 (68 %)
2019	4 942 (4 %)	36 860 (28%)	90 368 (68 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Allein lebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2010	59 033 (41 %)	54 602 (38 %)	31 323 (22 %)
2011	52 603 (40 %)	50 664 (38 %)	29 092 (22 %)
2012	51 351 (39 %)	50 541 (39 %)	28 572 (22 %)
2013	52 253 (39 %)	51 710 (39 %)	28 676 (22 %)
2014	52 938 (40 %)	50 508 (38 %)	28 603 (22 %)
2015	59 373 (43 %)	50 678 (37 %)	26 887 (20 %)
2016	78 706 (50 %)	51 552 (33 %)	26 424 (17 %)
2017	77 534 (51 %)	50 661 (33 %)	24 457 (16 %)
2018	71 199 (50 %)	47 343 (34 %)	22 276 (16 %)
2019	64 744 (49 %)	44 967 (34 %)	22 459 (17 %)

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2010	1 284	1 033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
2011	1 273	1 027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9 %	- 0,6 %	- 2,0 %
2012	1 255	1 025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %
2013	1 258	1 029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %
2014	1 246	1 024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %
2015	1 265	1 043	222
Veränderung 2014/2015	+ 1,5 %	+ 1,9 %	+/- 0 %
2016	1 254	1 026	228
Veränderung 2015/2016	- 0,9 %	- 1,6 %	+ 2,7 %
2017*)	1 249	1 029	220
Veränderung 2016/2017	+ 0,4 %	+ 0,3 %	- 3,5 %
2018	1 245	1 030	215
Veränderung 2017/2018	- 0,3 %	+ 0,1 %	- 2,3 %
2019	1 238	1 026	212
Veränderung 2018/2019	- 0,6 %	- 0,4 %	- 1,4 %

*) Veränderung gegenüber Sozialdatenbericht 2017 infolge einer nachträglichen Korrektur bei den Länderdaten.

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro
2011	682 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro
2012	695 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro
2013	692 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro
2014	694 Euro
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro
2015	669 Euro
Veränderung 2014/2015	- 25 Euro
2016	634 Euro
Veränderung 2015/2016	- 35 Euro
2017	623 Euro
Veränderung 2016/2017	- 11 Euro
2018	684 Euro
Veränderung 2017/2018	+ 61 Euro
2019	763
Veränderung 2018/2019	+ 79 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2018

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2010	13 667 (9 %)	65 610 (45 %)	46 816 (32 %)	17 351 (12 %)	1 513 (1 %)
2011	12 720 (10 %)	58 357 (44 %)	43 694 (33 %)	16 065 (12 %)	1 523 (1 %)
2012	11 143 (9 %)	58 110 (45 %)	42 134 (32 %)	17 422 (13 %)	1 655 (1 %)
2013	11 735 (9 %)	59 732 (45 %)	41 814 (32 %)	17 639 (13 %)	1 719 (1 %)
2014	11 993 (9 %)	61 595 (47 %)	41 525 (31 %)	15 042 (11 %)	1 894 (1 %)
2015	14 327 (10 %)	66 551 (49 %)	41 850 (31 %)	9 676 (7 %)	4 534 (3 %)
2016	23 550 (15 %)	80 473 (51 %)	35 877 (23 %)	14 950 (10 %)	1 832 (1 %)
2017	25 700 (17 %)	79 195 (52 %)	35 877 (23 %)	9 984 (7 %)	1 896 (1 %)
2018	20 286 (14 %)	60 330 (43 %)	45 351 (32 %)	12 130 (9 %)	2 721 (2 %)
2019	11 547 (9 %)	53 198 (40 %)	43 552 (33 %)	19 463 (15 %)	4 410 (3 %)

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Auch im Berichtsjahr 2019 zeigten sich wieder zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

2019 ging in 14 Bundesländern die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** zwischen 1,3 % und 15,7 % zurück. Rückgänge von über 10 % waren in Brandenburg (14,6 %), Bremen (12,4 %), Mecklenburg-Vorpommern (10,3 %), Rheinland-Pfalz (10,5 %), Sachsen (10,7 %) und Thüringen (15,7 %) zu verzeichnen. In Sachsen-Anhalt verringerte sich die Anzahl der Hilfeempfängerinnen nur um eine Person, weshalb keine prozentuale Abweichung zum Vorjahr bestand. Einzig in Berlin stieg die Zahl der Hilfeempfängerinnen um 2,5 % an; in 2018 war hier noch ein Rückgang von 10,7 % zu verzeichnen (Tabelle 15).

Die Abnahme der Anzahl an Hilfeempfängerinnen korrespondiert zumeist mit dem Rückgang der **Antragszahlen**, den es in allen Ländern gab. Am höchsten fiel er mit 12,7 % in Thüringen aus, gefolgt von Brandenburg mit einem Rückgang um 14,6 %. Den geringsten Rückgang gab es in Sachsen-Anhalt mit 1,3 % (Tabelle 14).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** konnte im Jahr 2019 das Saarland mit 99 % verzeichnen, wo sich die Bewilligungsquote damit um 2 Prozentpunkte erhöhte. Die niedrigsten Bewilligungsquoten gab es in Brandenburg (83 %) und Niedersachsen (89 %). In allen anderen Ländern betrug sie mindestens 90 % (Tabelle 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen unter 18 Jahren** betrug 2019 durchschnittlich 2 %. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind die einzigen Bundesländer die mit 3 % über dem Durchschnitt liegen. 4 Länder liegen dagegen unterhalb, Mecklenburg-Vorpommern sogar mit der niedrigsten Quote von 0 %. Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag dem entsprechend, wie auch in den Vorjahren, im Bundesdurchschnitt bei 98 % (Tabelle 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) veränderte sich in Deutschland kaum (Tabelle 3). Wie stets waren aber Verschiebungen zwischen diesen Gruppen festzustellen (Tabellen 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, war 2019 im Bundesdurchschnitt um 2 Prozentpunkte auf 51 % gesunken. In den Ländern lagen die Veränderungen sowohl nach unten als auch nach oben zwischen 2 und 5 Prozentpunkten und waren damit vergleichsweise gering: in 13 Bundesländern fiel der Anteil, wohingegen in 3 Ländern eine Steigerung zu verzeichnen war.

Auch in 2019 war der Anteil dieser Gruppe in fast allen Ländern am höchsten; er betrug zwischen 40 % (Bayern) und 70 % (Bremen). Mehr als 50 % betrug er in 11 Ländern, über 60 % in 3 Ländern. Die einzige Ausnahme bildet Thüringen, wo mit einem Anteil von 41 % diese Haupteinkommensart bei den Hilfeempfängerinnen nur am zweithäufigsten vorkommt. Mit nur einem Prozentpunkt mehr stellen Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit beziehen, dort den größten Anteil dar (Tabelle 20).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, betrug bundesweit unverändert zum Vorjahr 18 %. Etwa in diesem Bereich bewegte er sich auch bei den meisten Ländern. In Schleswig-Holstein und Thüringen lag er mit 34 % bzw. 42 % jedoch deutlich höher, in Bremen und Baden-Württemberg mit 7 % bzw. 8 % dagegen deutlich niedriger. Insgesamt ist in 2019 Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit in 9 Bundesländern die zweithäufigste und in 5 Ländern die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen gewesen (Tabelle 17).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** lag im Bundesdurchschnitt mit 15 % um 2 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert und war damit der dritthäufigste Tatbestand unter „wirtschaftlicher Status“. In den Ländern dagegen belegte er sechsmal den zweiten Platz (12 bis 35 %), sechsmal den dritten Platz (9 bis 17 %) und mit Werten von 1 bis 9 % dreimal den vierten Platz (Tabelle 23).

Die größten Abweichungen zum Vorjahr zeigten sich wieder in Baden-Württemberg. Hier hatte sich zum einen die Anzahl der Hilfeempfängerinnen mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit um 8 Prozentpunkte auf 8 % verringert, wohingegen die Anzahl der Hilfeempfängerinnen ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen um 10 Prozentpunkte auf 35 % zugenommen hatte. Grund hierfür war die ab 2018 geltende Legende zur Erhebung der Statistikdaten. Zuvor wurde in Baden-Württemberg das Einkommen der gesamten Familie in der Statistik berücksichtigt. Seit 2018 ist ausschließlich das Einkommen der Schwangeren ausschlaggebend (Tabellen 17 und 23).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, hatte sich 2019 im Bundesdurchschnitt mit 7 % nicht verändert. In den Bundesländern gab es nur leichte Abweichungen zum Vorjahr. In 4 Ländern war ein Rückgang zwischen 1 und 3 Prozentpunkten zu verzeichnen. Ebenfalls in 4 Ländern war der Anteil zwischen 1 und 2 Prozentpunkten angestiegen. Entsprechend war in 8 Ländern der Anteil verglichen zum Vorjahr gleichgeblieben. In der Hälfte aller Bundesländer stellte er die vierthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen dar (Tabelle 21).

Im Bundesdurchschnitt war der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **sonstige Sozialleistungen** erhielten, in 2019 mit 5 % konstant geblieben. Nach Ländern betrachtet, blieb er in 10 gleich, in einem Land war er gefallen und ein Plus gab es in 5 Ländern.

Die Veränderungen betragen 1 bis 2 Prozentpunkte und waren damit sehr gering. Höchstwerte gab es wieder in Niedersachsen mit 16 %, in Hessen mit 13 % und in Bayern mit 12 %. In Niedersachsen stellte er sogar die zweithäufigste Haupteinkommensart dar (Tabelle 22).

2019 bezogen im Bundesdurchschnitt unverändert 2 % der Hilfeempfängerinnen **BAFöG und Ausbildungsvergütungen** als Haupteinkommen. Nach Bundesländern betrachtet blieb deren Anteil in 8 Ländern gleich, fiel in 5 Ländern um 1 bis 2 Prozentpunkte und stieg in 3 Ländern jeweils um einen Prozentpunkt an. Mit Werten von 0 bis 3 % in 15 Ländern lag er durchgehend niedrig. Wie in 2018 war lediglich in Sachsen-Anhalt mit 7 % ein höherer Wert zu verzeichnen (Tabelle 19).

Ebenfalls wie im Vorjahr war in 2019 der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem SGB III** bezogen, mit 2 % unverändert geblieben. Nach Bundesländern betrachtet gab es gegenüber 2018 zwei positive und eine negative Abweichung um jeweils einen Prozentpunkt. Mit Werten zwischen 0 und 3 % war der Anteil der SGB III-Bezieherinnen unter den Hilfeempfängerinnen überall niedrig und dennoch in 9 Bundesländern nicht die am seltensten vorkommende Haupteinkommensart (Tabelle 18).

Auch im Berichtsjahr 2019 wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungshilfen überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, im Bundesdurchschnitt zu 68 % und somit unverändert zu 2018. Am seltensten kam das mit 56 % im Saarland, mit 57 % in Sachsen und 59 % in Baden-Württemberg vor. In den übrigen Ländern betrug der Anteil der nach der 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge mindestens 60 % und mehr, mit Abstand am größten war er in Berlin und Thüringen mit je 88 % und in Bremen sogar mit 91 %.

Die Unterschiede zwischen den Kategorien „13. bis 20. Schwangerschaftswoche“ und „nach der 20. Schwangerschaftswoche“ waren im Saarland, in Baden-Württemberg und in Sachsen am geringsten. Im Saarland stellten 34 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 56 % erst danach. In Baden-Württemberg betrug der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 37 %, nach der

20. Schwangerschaftswoche wurden 59 % der Anträge gestellt. In Sachsen stellten 36 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 57 % erst danach. Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche waren überall mit Abstand am seltensten. Deren Anteil bewegte sich zwischen 0 bis 7 % (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestanden nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den westlichen Bundesländern und Berlin machten die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (zwischen 46 % und 57 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen war der geringste: Er betrug nur zwischen 10 % und 19 %.

Thüringen war das einzige östliche Bundesland, in dem die in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen die größte Gruppe ausmachten, allerdings waren es nur 40 %. Mit 34 % alleinlebenden Hilfeempfängerinnen und 26 %, die in eheähnlicher Gemeinschaft lebten, war die Verteilung dort ziemlich gleichmäßig. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern war der größte Anteil mit 42 bis 46 % bei den Alleinlebenden festzustellen (Tabelle 26).

Im Bundesdurchschnitt stieg 2019 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung** um 79 Euro (11,6 %) auf **763 Euro** an. In den Ländern war überall ein Anstieg zu verzeichnen (zwischen 2,8 und 20,9 %). Der stärkste Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages war 2019 mit 20,9 % in Baden-Württemberg zu verzeichnen, gefolgt von Berlin mit 18,7 % und Niedersachsen mit 16,6 %.

Erneut war Bremen das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag in Höhe von 450 Euro. Den zweitniedrigsten Durchschnittsbetrag erhielten Hilfeempfängerinnen 2019 in Schleswig-Holstein mit 526 Euro, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 536 Euro. Lagen 2018 die Durchschnittswerte in 6 Ländern unter 600 Euro, war dies 2019 in nur noch 4 Ländern der Fall.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt erhielten 2019 in 9 Ländern die Hilfeempfängerinnen rechnerisch einen geringeren Durchschnittsbetrag und in 7 Ländern mehr. Alle östlichen Bundesländer, mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt (745 Euro), lagen mit ihrer durchschnittlichen Bewilligungssumme oberhalb des Bundesdurchschnitts.

Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es auch 2019 wieder in Bayern mit 1 305 Euro. Dieser war sogar um 163 Euro höher als im Vorjahr. Es folgten mit weitem Abstand Sachsen mit 964 Euro durchschnittlicher Bewilligungssumme, Thüringen mit 955 Euro und Rheinland-Pfalz mit 934 Euro (Tabelle 29).

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2019 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet. Sachsen hingegen meldete erstmals Eigenmittel und

zwar in Höhe von 23 800 Euro. Bayern hat Eigenmittel von 1 223 179 Euro aufgebracht, 1 007 234 Euro weniger als 2018. Prozentual bedeutete das eine erhebliche Verringerung um 45,2 %. In Thüringen gab es ebenfalls eine Senkung um 10 746 Euro (24,2 %) auf 33 657 Euro. In Rheinland-Pfalz erhöhte sich der Betrag um 20 000 Euro (8 %) auf 270 000 Euro. Zusätzliche Mittel gab es in Höhe von 10 000 Euro auch in Mecklenburg-Vorpommern und somit unverändert zu 2018. In Sachsen-Anhalt verringerten sich die Eigenmittel auf 1 710 Euro, womit eine Abnahme um 440 Euro (20,5 %) vorlag (Tabelle 33).

V. Länder – Daten 2019

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	11 285 (100 %)	13 971 (100 %)	8 919 (100 %)	7 274 (100 %)
2011	11 108 (100 %)	10 890 (100 %)	8 744 (100 %)	6 810 (100 %)
2012	10 943 (100 %)	12 485 (100 %)	8 563 (100 %)	6 495 (100 %)
2013	11 139 (100 %)	12 724 (100 %)	8 679 (100 %)	6 320 (100 %)
2014	10 815 (100 %)	11 860 (100 %)	8 632 (100 %)	6 031 (100 %)
2015	15 021 (100 %)	10 555 (100 %)	8 580 (100 %)	5 469 (100 %)
2016	17 178 (100 %)	16 741 (100 %)	9 615 (100 %)	5 790 (100 %)
2017	16 285 (100 %)	16 402 (100 %)	8 895 (100 %)	5 212 (100 %)
2018	15 574 (100 %)	14 294 (100 %)	7 843 (100 %)	4 789 (100 %)
2019	15 202 (100 %)	12 801 (100 %)	7 655 (100 %)	4 348 (100 %)

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2010	2 074 (100 %)	4 687 (100 %)	10 331 (100 %)	5 703 (100 %)
2011	2 021 (100 %)	4 568 (100 %)	9 693 (100 %)	5 250 (100 %)
2012	2 068 (100 %)	4 603 (100 %)	9 359 (100 %)	5 028 (100 %)
2013	2 065 (100 %)	4 787 (100 %)	9 553 (100 %)	4 716 (100 %)
2014	2 124 (100 %)	4 777 (100 %)	10 026 (100 %)	4 565 (100 %)
2015	2 463 (100 %)	5 234 (100 %)	10 477 (100 %)	4 269 (100 %)
2016	2 543 (100 %)	5 595 (100 %)	12 027 (100 %)	4 380 (100 %)
2017	2 673 (100 %)	5 323 (100 %)	11 570 (100 %)	4 035 (100 %)
2018	2 438 (100 %)	5 076 (100 %)	10 845 (100 %)	3 622 (100 %)
2019	2 150 (100 %)	4 750 (100 %)	10 053 (100 %)	3 227 (100 %)

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010	17 797 (100 %)	37 887 (100 %)	5 718 (100 %)	1 755 (100 %)
2011	16 464 (100 %)	35 613 (100 %)	5 121 (100 %)	1 550 (100 %)
2012	15 749 (100 %)	35 830 (100 %)	5 280 (100 %)	1 521 (100 %)
2013	16 099 (100 %)	36 627 (100 %)	5 410 (100 %)	1 478 (100 %)
2014	16 588 (100 %)	38 449 (100 %)	5 373 (100 %)	1 623 (100 %)
2015	17 063 (100 %)	41 161 (100 %)	5 444 (100 %)	1 735 (100 %)
2016	19 100 (100 %)	44 934 (100 %)	6 340 (100 %)	2 104 (100 %)
2017	17 627 (100 %)	45 259 (100 %)	6 159 (100 %)	2 202 (100 %)
2018	16 487 (100 %)	42 727 (100 %)	5 741 (100 %)	1 945 (100 %)
2019	15 734 (100 %)	40 402 (100 %)	5 146 (100 %)	1 741 (100 %)

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2010	9 867 (100 %)	6 747 (100 %)	6 835 (100 %)	5 686 (100 %)
2011	8 855 (100 %)	6 191 (100 %)	6 399 (100 %)	5 227 (100 %)
2012	8 319 (100 %)	5 946 (100 %)	6 358 (100 %)	4 699 (100 %)
2013	8 174 (100 %)	5 892 (100 %)	6 488 (100 %)	4 624 (100 %)
2014	7 824 (100 %)	5 561 (100 %)	6 495 (100 %)	4 272 (100 %)
2015	7 735 (100 %)	5 251 (100 %)	6 872 (100 %)	3 984 (100 %)
2016	8 261 (100 %)	5 773 (100 %)	7 763 (100 %)	4 333 (100 %)
2017	7 622 (100 %)	5 358 (100 %)	7 832 (100 %)	4 008 (100 %)
2018	7 026 (100 %)	4 717 (100 %)	7 119 (100 %)	3 481 (100 %)
2019	6 513 (100 %)	4 656 (100 %)	6 584 (100 %)	3 038 (100 %)

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	10 915 (97 %)	13 564 (97 %)	8 101 (91 %)	7 053 (97 %)
2011	10 397 (94 %)	10 573 (97 %)	7 777 (89 %)	6 604 (97 %)
2012	10 048 (92 %)	12 110 (97 %)	7 519 (88 %)	6 141 (95 %)
2013	10 474 (94 %)	12 325 (97 %)	7 767 (89 %)	6 292 (100 %)
2014	10 084 (93 %)	11 627 (98 %)	7 837 (91 %)	5 760 (96 %)
2015	13 539 (90 %)	10 258 (97 %)	7 832 (91 %)	5 213 (95 %)
2016	16 019 (93 %)	16 215 (97 %)	8 552 (89 %)	5 271 (91 %)
2017	15 243 (94 %)	15 805 (96 %)	7 765 (87 %)	4 642 (89 %)
2018	14 604 (94 %)	13 729 (96 %)	6 934 (88 %)	4 216 (88 %)
2019	14 233 (94 %)	12 437 (97 %)	7 104 (93 %)	3 602 (83 %)

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2010	1 971 (95 %)	4 457 (95 %)	9 632 (93 %)	5 382 (94 %)
2011	1 904 (94 %)	4 312 (94 %)	8 948 (92 %)	4 907 (94 %)
2012	1 945 (94 %)	4 334 (94 %)	8 628 (92 %)	4 619 (92 %)
2013	1 928 (93 %)	4 544 (95 %)	8 873 (93 %)	4 362 (93 %)
2014	2 000 (94 %)	4 486 (94 %)	9 419 (94 %)	4 215 (92 %)
2015	2 313 (94 %)	4 882 (93 %)	9 598 (92 %)	3 902 (91 %)
2016	2 398 (94 %)	5 199 (93 %)	11 140 (93 %)	3 952 (90 %)
2017	2 533 (95 %)	4 982 (94 %)	10 911 (94 %)	3 658 (91 %)
2018	2 342 (96 %)	4 481 (88 %)	10 157 (94 %)	3 327 (92 %)
2019	2 052 (95 %)	4 421 (93 %)	9 408 (94 %)	2 984 (92 %)

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010	16 475 (93 %)	33 367 (88 %)	5 126 (90 %)	1 710 (97 %)
2011	14 970 (91 %)	31 083 (87 %)	4 582 (89 %)	1 500 (97 %)
2012	14 504 (92 %)	31 432 (88 %)	4 625 (88 %)	1 477 (97 %)
2013	14 647 (91 %)	32 160 (88 %)	4 704 (87 %)	1 428 (97 %)
2014	15 022 (91 %)	33 376 (87 %)	4 749 (88 %)	1 534 (95 %)
2015	15 442 (90 %)	35 949 (87 %)	4 799 (88 %)	1 654 (96 %)
2016	17 321 (91 %)	39 656 (88 %)	5 855 (92 %)	2 021 (96 %)
2017	15 994 (91 %)	40 593 (90 %)	5 578 (91 %)	2 119 (96 %)
2018	14 744 (89 %)	38 346 (90 %)	5 241 (91 %)	1 890 (97 %)
2019	14 068 (89 %)	36 376 (90 %)	4 691 (91 %)	1 719 (99 %)

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2010	9 289 (94 %)	6 258 (93 %)	6 296 (92 %)	5 362 (94 %)
2011	8 310 (94 %)	5 788 (93 %)	5 881 (92 %)	4 823 (92 %)
2012	7 371 (89 %)	5 484 (92 %)	5 913 (93 %)	4 314 (92 %)
2013	7 359 (90 %)	5 440 (92 %)	6 075 (94 %)	4 261 (92 %)
2014	6 910 (88 %)	5 166 (93 %)	6 040 (93 %)	3 824 (90 %)
2015	6 854 (89 %)	4 869 (92 %)	6 180 (90 %)	3 654 (92 %)
2016	6 890 (83 %)	5 304 (92 %)	6 999 (90 %)	3 890 (90 %)
2017	7 127 (94 %)	4 884 (91 %)	7 210 (92 %)	3 608 (90 %)
2018	6 535 (93 %)	4 302 (91 %)	6 740 (95 %)	3 230 (93 %)
2019	5 837 (90 %)	4 301 (92 %)	6 213 (94 %)	2 724 (90 %)

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
bis 17 Jahre	241 (2 %)	246 (2 %)	93 (1 %)	67 (2 %)
ab 18 Jahre	13 992 (98 %)	12 191 (98 %)	7 011 (99 %)	3 535 (98 %)

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
bis 17 Jahre	26 (1 %)	68 (2 %)	87 (1 %)	11 (0 %)
ab 18 Jahre	2 026 (99 %)	4 353 (98 %)	9 321 (99 %)	2 973 (100 %)

Alter	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
bis 17 Jahre	273 (2 %)	815 (2 %)	93 (2 %)	34 (2 %)
ab 18 Jahre	13 795 (98 %)	35 561 (98 %)	4 598 (98 %)	1 685 (98 %)

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 17 Jahre	188 (3 %)	143 (3 %)	113 (2 %)	73 (3 %)
ab 18 Jahre	5 649 (97 %)	4 158 (97 %)	6 100 (98 %)	2 651 (97 %)

Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

HiE mit Arbeits-einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	3 368 (31 %)	6 013 (44 %)	1 846 (23 %)	2 196 (31 %)
2011	3 826 (37 %)	4 905 (46 %)	1 616 (21 %)	2 191 (33 %)
2012	3 284 (33 %)	6 556 (54 %)	1 750 (23 %)	2 134 (35 %)
2013	2 917 (28 %)	6 026 (49 %)	1 940 (25 %)	2 109 (34 %)
2014	2 953 (29 %)	4 993 (43 %)	2 040 (26 %)	1 843 (32 %)
2015	6 281 (46 %)	2 407 (23 %)	1 836 (23 %)	1 652 (32 %)
2016	5 384 (34 %)	4 058 (25 %)	1 895 (22 %)	1 332 (25 %)
2017	6 274 (41 %)	3 088 (20 %)	1 615 (21 %)	1 186 (26 %)
2018	2 332 (16 %)	2 696 (20 %)	1 211 (17 %)	998 (24 %)
2019	1 170 (8 %)	3 090 (25 %)	1 298 (18 %)	854 (24 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2010	253 (13 %)	1 010 (23 %)	2 060 (22 %)	1 423 (26 %)
2011	287 (15 %)	1 002 (23 %)	2 055 (23 %)	1 364 (28 %)
2012	304 (16 %)	988 (23 %)	1 858 (22 %)	1 308 (28 %)
2013	262 (14 %)	1 054 (23 %)	1 803 (20 %)	1 244 (28 %)
2014	235 (12 %)	934 (21 %)	1 759 (19 %)	1 191 (28 %)
2015	242 (10 %)	1 031 (21 %)	1 700 (18 %)	925 (24 %)
2016	195 (8 %)	965 (19 %)	1 729 (15 %)	903 (23 %)
2017	218 (8 %)	962 (19 %)	1 614 (15 %)	861 (24 %)
2018	168 (7 %)	1 140 (25 %)	1 625 (16 %)	759 (23 %)
2019	154 (7 %)	995 (22 %)	1 565 (17 %)	753 (25 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010	2 511 (15 %)	5 776 (17 %)	1 569 (31 %)	271 (16 %)
2011	2 358 (16 %)	5 733 (18 %)	1 099 (24 %)	243 (16 %)
2012	2 253 (16 %)	5 885 (19 %)	1 191 (26 %)	275 (19 %)
2013	2 430 (17 %)	5 882 (18 %)	1 160 (25 %)	267 (20 %)
2014	2 325 (15 %)	5 795 (17 %)	1 135 (24 %)	257 (17 %)
2015	2 233 (14 %)	5 679 (16 %)	1 048 (22 %)	226 (13 %)
2016	2 291 (13 %)	5 727 (14 %)	1 077 (18 %)	243 (12 %)
2017	2 166 (14 %)	5 992 (15 %)	1 059 (19 %)	234 (11 %)
2018	1 982 (13 %)	5 687 (15 %)	1 084 (21 %)	212 (11 %)
2019	1 895 (13 %)	5 700 (16 %)	1 009 (22 %)	185 (11 %)

HiE mit Arbeitsein-kommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2010	1 434 (15 %)	1 517 (24 %)	1 876 (30 %)	2 372 (44 %)
2011	1 343 (16 %)	1 370 (24 %)	1 934 (33 %)	2 071 (43 %)
2012	1 220 (17 %)	1 259 (23 %)	1 988 (34 %)	1 860 (43 %)
2013	1 283 (17 %)	1 350 (25 %)	2 071 (34 %)	1 797 (42 %)
2014	1 189 (17 %)	1 341 (26 %)	1 957 (33 %)	1 517 (40 %)
2015	1 194 (17 %)	1 116 (23 %)	1 990 (32 %)	1 474 (40 %)
2016	1 140 (17 %)	988 (19 %)	1 850 (27 %)	1 716 (44 %)
2017	1 232 (17 %)	883 (18 %)	2 049 (28 %)	1 466 (41 %)
2018	1 355 (21 %)	765 (18 %)	2 023 (30 %)	1 412 (44 %)
2019	1 300 (22 %)	776 (18 %)	2 131 (34 %)	1 149 (42 %)

Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	654 (6 %)	1 192 (8 %)	185 (2 %)	265 (4 %)
2011	641 (6 %)	670 (6 %)	197 (3 %)	285 (4 %)
2012	629 (6 %)	779 (6 %)	210 (3 %)	255 (4 %)
2013	602 (6 %)	791 (6 %)	173 (2 %)	242 (4 %)
2014	504 (5 %)	531 (5 %)	173 (2 %)	201 (3 %)
2015	84 (1 %)	305 (3 %)	126 (2 %)	166 (3 %)
2016	0 (0 %)	492 (3 %)	124 (1 %)	149 (3 %)
2017	13 (0 %)	362 (2 %)	73 (1 %)	119 (3 %)
2018	12 (0 %)	256 (2 %)	44 (1 %)	91 (2 %)
2019	14 (0 %)	235 (2 %)	57 (1 %)	93 (2 %)

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2010	49 (2 %)	303 (7 %)	453 (5 %)	289 (5 %)
2011	44 (2 %)	293 (7 %)	335 (4 %)	304 (6 %)
2012	43 (2 %)	131 (3 %)	387 (4 %)	283 (6 %)
2013	33 (2 %)	171 (4 %)	377 (4 %)	225 (5 %)
2014	37 (2 %)	162 (4 %)	341 (3 %)	182 (5 %)
2015	33 (1 %)	131 (3 %)	297 (3 %)	174 (4 %)
2016	26 (1 %)	131 (2 %)	292 (2 %)	144 (3 %)
2017	47 (2 %)	143 (3 %)	286 (2 %)	126 (3 %)
2018	28 (1 %)	98 (2 %)	225 (2 %)	114 (3 %)
2019	17 (1 %)	60 (1 %)	214 (2 %)	100 (3 %)

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010	614 (4 %)	1 354 (4 %)	290 (6 %)	69 (4 %)
2011	538 (4 %)	1 176 (4 %)	275 (6 %)	73 (5 %)
2012	488 (3 %)	1 222 (4 %)	246 (5 %)	62 (4 %)
2013	556 (4 %)	1 214 (4 %)	254 (5 %)	53 (4 %)
2014	569 (4 %)	1 202 (3 %)	240 (5 %)	67 (4 %)
2015	457 (3 %)	1 209 (3 %)	226 (5 %)	64 (4 %)
2016	462 (3 %)	1 105 (3 %)	237 (4 %)	45 (2 %)
2017	396 (2 %)	1 126 (3 %)	177 (3 %)	42 (2 %)
2018	350 (2 %)	956 (2 %)	185 (3 %)	33 (2 %)
2019	346 (2 %)	905 (3 %)	160 (3 %)	38 (2 %)

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2010	281 (3 %)	148 (2 %)	241 (4 %)	448 (8 %)
2011	262 (3 %)	168 (3 %)	243 (4 %)	379 (8 %)
2012	253 (3 %)	187 (3 %)	245 (4 %)	301 (7 %)
2013	217 (3 %)	185 (4 %)	229 (4 %)	328 (8 %)
2014	209 (3 %)	131 (3 %)	260 (4 %)	254 (7 %)
2015	181 (3 %)	100 (2 %)	229 (4 %)	195 (5 %)
2016	171 (2 %)	105 (2 %)	214 (3 %)	133 (3 %)
2017	178 (3 %)	92 (2 %)	229 (3 %)	87 (2 %)
2018	160 (2 %)	68 (2 %)	174 (3 %)	81 (2 %)
2019	142 (2 %)	101 (2 %)	167 (3 %)	76 (3 %)

Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	680 (6 %)	629 (5 %)	313 (4 %)	291 (4 %)
2011	659 (6 %)	523 (5 %)	332 (4 %)	245 (4 %)
2012	686 (7 %)	525 (4 %)	291 (4 %)	221 (4 %)
2013	694 (7 %)	450 (4 %)	332 (4 %)	183 (3 %)
2014	806 (8 %)	361 (3 %)	313 (4 %)	190 (3 %)
2015	650 (5 %)	88 (1 %)	255 (3 %)	154 (3 %)
2016	145 (2 %)	76 (1 %)	230 (3 %)	136 (3 %)
2017	169 (1 %)	62 (0 %)	128 (2 %)	103 (2 %)
2018	533 (4 %)	32 (0 %)	104 (2 %)	104 (2 %)
2019	342 (2 %)	30 (0 %)	98 (1 %)	95 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2010	81 (4 %)	150 (3 %)	315 (3 %)	317 (6 %)
2011	76 (4 %)	129 (3 %)	268 (3 %)	301 (6 %)
2012	73 (4 %)	104 (2 %)	294 (3 %)	239 (5 %)
2013	71 (4 %)	110 (2 %)	261 (3 %)	210 (5 %)
2014	80 (4 %)	110 (2 %)	267 (3 %)	170 (4 %)
2015	85 (4 %)	117 (2 %)	234 (3 %)	168 (4 %)
2016	60 (2 %)	107 (2 %)	195 (2 %)	111 (3 %)
2017	41 (2 %)	92 (2 %)	184 (2 %)	118 (3 %)
2018	32 (1 %)	34 (1 %)	188 (2 %)	92 (3 %)
2019	31 (2 %)	35 (1 %)	150 (2 %)	35 (1 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Niedersach- sen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010	885 (5 %)	1 040 (3 %)	158 (3 %)	89 (5 %)
2011	896 (6 %)	951 (3 %)	180 (4 %)	85 (6 %)
2012	853 (6 %)	988 (3 %)	154 (3 %)	106 (7 %)
2013	842 (6 %)	902 (3 %)	131 (3 %)	72 (5 %)
2014	771 (5 %)	870 (3 %)	133 (3 %)	78 (5 %)
2015	665 (4 %)	795 (2 %)	124 (3 %)	58 (3 %)
2016	608 (3 %)	722 (2 %)	151 (3 %)	57 (3 %)
2017	511 (3 %)	587 (1 %)	191 (4 %)	58 (3 %)
2018	465 (3 %)	520 (1 %)	99 (2 %)	44 (2 %)
2019	429 (3 %)	463 (1 %)	39 (1 %)	38 (2 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2010	376 (4 %)	686 (11 %)	299 (5 %)	446 (8 %)
2011	319 (4 %)	656 (11 %)	251 (4 %)	428 (9 %)
2012	254 (3 %)	586 (11 %)	279 (5 %)	376 (9 %)
2013	238 (3 %)	535 (10 %)	232 (4 %)	370 (9 %)
2014	189 (3 %)	574 (11 %)	260 (4 %)	314 (8 %)
2015	168 (3 %)	496 (10 %)	233 (4 %)	308 (9 %)
2016	148 (2 %)	450 (9 %)	211 (3 %)	104 (3 %)
2017	125 (2 %)	405 (8 %)	126 (2 %)	112 (3 %)
2018	95 (1 %)	350 (8 %)	148 (2 %)	89 (3 %)
2019	114 (2 %)	303 (7 %)	119 (2 %)	70 (3 %)

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	3 551 (33 %)	5 580 (41 %)	5 285 (65 %)	3 460 (49 %)
2011	3 443 (33 %)	4 323 (41 %)	5 124 (66 %)	3 122 (48 %)
2012	3 860 (38 %)	4 120 (34 %)	4 696 (63 %)	2 850 (47 %)
2013	3 267 (31 %)	4 795 (39 %)	4 643 (60 %)	3 068 (49 %)
2014	3 220 (31 %)	5 269 (45 %)	4 599 (59 %)	2 816 (49 %)
2015	4 362 (32 %)	5 244 (51 %)	4 687 (60 %)	2 356 (45 %)
2016	5 431 (34 %)	7 117 (44 %)	4 716 (55 %)	2 486 (47 %)
2017	6 419 (42 %)	7 698 (49 %)	4 933 (63 %)	2 332 (50 %)
2018	6 283 (43 %)	6 232 (45 %)	4 810 (69 %)	2 214 (53 %)
2019	5 775 (41 %)	4 930 (40 %)	4 730 (67 %)	1 788 (50 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2010	1 180 (60 %)	2 411 (54 %)	4 550 (47 %)	2 830 (53 %)
2011	1 141 (60 %)	1 966 (46 %)	4 292 (48 %)	2 466 (50 %)
2012	1 128 (58 %)	2 114 (49 %)	3 850 (45 %)	2 388 (52 %)
2013	1 051 (55 %)	2 111 (47 %)	3 974 (45 %)	2 280 (52 %)
2014	1 105 (55 %)	2 163 (48 %)	4 260 (45 %)	2 155 (51 %)
2015	1 318 (57 %)	2 172 (45 %)	4 138 (43 %)	2 019 (52 %)
2016	1 413 (59 %)	2 356 (45 %)	4 420 (40 %)	1 978 (50 %)
2017	1 646 (65 %)	2 613 (53 %)	5 200 (48 %)	1 884 (52 %)
2018	1 566 (67 %)	2 388 (53 %)	5 253 (52 %)	1 779 (53 %)
2019	1 446 (70 %)	2 545 (58 %)	4 707 (50 %)	1 514 (51 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010	8 671 (53 %)	16 232 (49 %)	2 025 (40 %)	949 (55 %)
2011	7 549 (50 %)	14 817 (48 %)	1 767 (39 %)	783 (52 %)
2012	7 214 (50 %)	14 889 (47 %)	1 854 (40 %)	737 (50 %)
2013	7 121 (49 %)	15 567 (48 %)	1 808 (38 %)	776 (54 %)
2014	7 194 (48 %)	16 260 (49 %)	1 887 (40 %)	823 (54 %)
2015	7 350 (48 %)	17 382 (48 %)	1 739 (36 %)	934 (57 %)
2016	7 719 (45 %)	18 177 (46 %)	2 151 (37 %)	1 327 (66 %)
2017	8 663 (54 %)	21 682 (53 %)	2 581 (46 %)	1 459 (69 %)
2018	8 037 (55 %)	21 477 (56 %)	2 371 (45 %)	1 282 (68 %)
2019	7 443 (53 %)	19 775 (54 %)	2 035 (43 %)	1 125 (65 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2010	6 172 (66 %)	3 463 (56 %)	2 663 (42 %)	1 791 (34 %)
2011	5 537 (67 %)	3 163 (55 %)	2 328 (40 %)	1 602 (33 %)
2012	4 938 (67 %)	3 017 (55 %)	2 303 (39 %)	1 452 (34 %)
2013	4 946 (67 %)	2 886 (53 %)	2 421 (40 %)	1 447 (34 %)
2014	4 592 (67 %)	2 656 (51 %)	2 350 (40 %)	1 421 (37 %)
2015	4 339 (63 %)	2 461 (51 %)	2 359 (38 %)	1 240 (34 %)
2016	3 961 (57 %)	2 886 (54 %)	2 469 (35 %)	1 322 (34 %)
2017	4 389 (62 %)	2 960 (61 %)	3 169 (44 %)	1 574 (43 %)
2018	3 821 (59 %)	2 613 (61 %)	3 178 (47 %)	1 277 (39 %)
2019	3 266 (56 %)	2 534 (59 %)	2 673 (43 %)	1 107 (41 %)

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	118 (1 %)	9 (0 %)	263 (3 %)	73 (1 %)
2011	129 (1 %)	20 (0 %)	341 (4 %)	70 (1 %)
2012	161 (2 %)	19 (0 %)	387 (5 %)	87 (1 %)
2013	133 (1 %)	122 (1 %)	473 (6 %)	104 (2 %)
2014	730 (7 %)	388 (3 %)	539 (7 %)	157 (3 %)
2015	1 791 (13 %)	604 (6 %)	754 (10 %)	347 (7 %)
2016	3 804 (24 %)	2 169 (13 %)	1 443 (17 %)	589 (11 %)
2017	2 102 (14 %)	1 275 (8 %)	866 (11 %)	404 (9 %)
2018	1 733 (12 %)	869 (6 %)	686 (10 %)	364 (9 %)
2019	1 638 (12 %)	555 (4 %)	831 (12 %)	324 (9 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2010	67 (3 %)	103 (2 %)	118 (1 %)	2 (0 %)
2011	77 (4 %)	195 (4 %)	156 (2 %)	6 (0 %)
2012	68 (3 %)	220 (5 %)	179 (2 %)	5 (0 %)
2013	125 (6 %)	181 (4 %)	277 (3 %)	35 (1 %)
2014	187 (9 %)	282 (6 %)	487 (5 %)	93 (2 %)
2015	317 (14 %)	495 (10 %)	980 (10 %)	234 (6 %)
2016	372 (16 %)	808 (16 %)	2 192 (20 %)	272 (7 %)
2017	288 (11 %)	473 (9 %)	1 293 (12 %)	147 (4 %)
2018	225 (10 %)	250 (6 %)	713 (7 %)	134 (4 %)
2019	141 (7 %)	273 (6 %)	664 (7 %)	101 (3 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010	357 (2 %)	786 (2 %)	10 (0 %)	18 (1 %)
2011	396 (3 %)	831 (3 %)	6 (0 %)	14 (1 %)
2012	410 (3 %)	983 (3 %)	14 (0 %)	27 (2 %)
2013	540 (4 %)	1 336 (4 %)	113 (2 %)	19 (1 %)
2014	996 (7 %)	1 944 (6 %)	216 (4 %)	40 (3 %)
2015	1 687 (11 %)	3 846 (11 %)	468 (10 %)	83 (5 %)
2016	3 308 (19 %)	7 156 (18 %)	1 079 (18 %)	131 (6 %)
2017	1 376 (9 %)	4 197 (10 %)	431 (8 %)	51 (2 %)
2018	946 (6 %)	2 768 (7 %)	239 (5 %)	57 (3 %)
2019	944 (7 %)	2 446 (7 %)	236 (5 %)	48 (3 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2010	36 (0 %)	90 (1 %)	95 (1 %)	34 (1 %)
2011	46 (1 %)	107 (2 %)	131 (2 %)	33 (1 %)
2012	52 (1 %)	98 (2 %)	109 (2 %)	31 (1 %)
2013	58 (1 %)	126 (3 %)	153 (3 %)	41 (1 %)
2014	149 (2 %)	153 (3 %)	261 (4 %)	62 (1 %)
2015	385 (6 %)	362 (8 %)	458 (7 %)	198 (5 %)
2016	655 (10 %)	561 (11 %)	1 274 (18 %)	426 (11 %)
2017	531 (7 %)	225 (5 %)	618 (9 %)	206 (6 %)
2018	411 (6 %)	170 (4 %)	431 (7 %)	185 (6 %)
2019	402 (7 %)	193 (5 %)	341 (5 %)	163 (6 %)

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	121 (1 %)	73 (1 %)	16 (0 %)	25 (0 %)
2011	98 (1 %)	60 (1 %)	11 (0 %)	28 (0 %)
2012	124 (1 %)	57 (1 %)	9 (0 %)	20 (0 %)
2013	89 (1 %)	63 (0 %)	13 (0 %)	28 (0 %)
2014	100 (1 %)	31 (0 %)	10 (0 %)	37 (1 %)
2015	95 (1 %)	1 551 (15 %)	8 (0 %)	39 (1 %)
2016	0 (0 %)	2 093 (13 %)	11 (0 %)	65 (1 %)
2017	0 (0 %)	1 925 (12 %)	7 (0 %)	23 (0 %)
2018	0 (0 %)	1 620 (12 %)	8 (0 %)	21 (0 %)
2019	311 (2 %)	1 496 (12 %)	10 (0 %)	13 (0 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2010	29 (1 %)	6 (0 %)	502 (5 %)	49 (1 %)
2011	26 (1 %)	3 (0 %)	494 (6 %)	41 (1 %)
2012	64 (3 %)	19 (0 %)	834 (10 %)	28 (1 %)
2013	41 (2 %)	9 (0 %)	842 (9 %)	27 (1 %)
2014	31 (2 %)	5 (0 %)	922 (10 %)	35 (1 %)
2015	60 (3 %)	6 (0 %)	867 (9 %)	31 (1 %)
2016	103 (4 %)	6 (0 %)	771 (7 %)	36 (1 %)
2017	24 (1 %)	61 (1 %)	790 (7 %)	32 (1 %)
2018	22 (1 %)	155 (4 %)	1 341 (13 %)	31 (1 %)
2019	25 (1 %)	71 (2 %)	1 254 (13 %)	42 (2 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010	2 036 (12 %)	1 004 (3 %)	42 (1 %)	30 (2 %)
2011	1 985 (13 %)	711 (2 %)	40 (1 %)	31 (2 %)
2012	2 110 (15 %)	861 (3 %)	54 (1 %)	16 (1 %)
2013	2 091 (14 %)	777 (2 %)	49 (1 %)	22 (1 %)
2014	2 038 (14 %)	950 (3 %)	46 (1 %)	25 (1 %)
2015	2 155 (14 %)	1 016 (3 %)	43 (1 %)	33 (2 %)
2016	1 973 (11 %)	995 (2 %)	49 (1 %)	23 (1 %)
2017	2 027 (13 %)	1 073 (3 %)	64 (1 %)	25 (1 %)
2018	2 133 (15 %)	989 (3 %)	43 (1 %)	26 (1 %)
2019	2 191 (16 %)	1 114 (3 %)	36 (1 %)	26 (2 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2010	120 (1 %)	28 (0 %)	170 (3 %)	84 (2 %)
2011	106 (1 %)	27 (0 %)	164 (3 %)	110 (2 %)
2012	90 (1 %)	19 (0 %)	179 (3 %)	103 (2 %)
2013	75 (1 %)	23 (0 %)	182 (3 %)	117 (2 %)
2014	96 (1 %)	18 (0 %)	204 (3 %)	67 (2 %)
2015	81 (1 %)	20 (0 %)	219 (4 %)	90 (3 %)
2016	79 (1 %)	25 (0 %)	260 (4 %)	73 (2 %)
2017	102 (1 %)	23 (0 %)	234 (3 %)	66 (2 %)
2018	120 (2 %)	13 (0 %)	159 (2 %)	62 (2 %)
2019	87 (2 %)	18 (0 %)	169 (3 %)	65 (2 %)

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	2 423 (22 %)	68 (1 %)	193 (2 %)	743 (11 %)
2011	1 601 (16 %)	72 (1 %)	156 (2 %)	663 (10 %)
2012	1 304 (13 %)	54 (1 %)	176 (2 %)	574 (9 %)
2013	2 772 (26 %)	78 (1 %)	193 (2 %)	558 (9 %)
2014	1 771 (19 %)	54 (1 %)	163 (2 %)	516 (9 %)
2015	276 (2 %)	59 (1 %)	166 (2 %)	499 (9 %)
2016	1 255 (8 %)	210 (1 %)	133 (2 %)	514 (10 %)
2017	266 (2 %)	1 395 (9 %)	143 (2 %)	475 (10 %)
2018	3 711 (25 %)	2 024 (15 %)	71 (1 %)	424 (10 %)
2019	4 983 (35 %)	2 101 (17 %)	80 (1 %)	435 (12 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2010	312 (16 %)	474 (11 %)	1 634 (17 %)	472 (9 %)
2011	253 (13 %)	724 (17 %)	1 348 (15 %)	425 (9 %)
2012	265 (14 %)	758 (18 %)	1 226 (14 %)	368 (8 %)
2013	345 (18 %)	908 (20 %)	1 339 (15 %)	341 (8 %)
2014	325 (16 %)	830 (19 %)	1 383 (15 %)	389 (9 %)
2015	258 (11 %)	930 (19 %)	1 382 (14 %)	351 (9 %)
2016	229 (10 %)	826 (16 %)	1 541 (14 %)	508 (13 %)
2017	269 (11 %)	638 (13 %)	1 544 (14 %)	490 (13 %)
2018	301 (13 %)	416 (9 %)	812 (8 %)	418 (13 %)
2019	238 (12 %)	442 (10 %)	854 (9 %)	439 (15 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010	1 401 (9 %)	7 175 (22 %)	1 032 (20 %)	284 (17 %)
2011	1 248 (8 %)	6 864 (22 %)	1 215 (27 %)	271 (18 %)
2012	1 176 (8 %)	6 604 (21 %)	1 112 (24 %)	254 (17 %)
2013	1 067 (7 %)	6 482 (20 %)	1 189 (25 %)	219 (15 %)
2014	1 129 (7 %)	6 355 (19 %)	1 092 (23 %)	244 (16 %)
2015	895 (6 %)	6 022 (17 %)	1 151 (24 %)	256 (16 %)
2016	960 (6 %)	5 774 (15 %)	1 111 (19 %)	195 (10 %)
2017	855 (5 %)	5 936 (15 %)	1 075 (19 %)	250 (12 %)
2018	831 (6 %)	5 949 (16 %)	1 220 (23 %)	236 (13 %)
2019	820 (6 %)	5 973 (16 %)	1 176 (25 %)	259 (15 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2010	870 (9 %)	326 (6 %)	952 (15 %)	187 (3 %)
2011	697 (8 %)	297 (5 %)	830 (14 %)	200 (4 %)
2012	564 (8 %)	318 (6 %)	810 (14 %)	191 (4 %)
2013	542 (7 %)	335 (6 %)	787 (13 %)	161 (4 %)
2014	486 (7 %)	293 (6 %)	748 (12 %)	189 (5 %)
2015	506 (7 %)	314 (6 %)	692 (11 %)	149 (4 %)
2016	736 (11 %)	289 (5 %)	721 (10 %)	116 (3 %)
2017	570 (8 %)	296 (6 %)	785 (11 %)	97 (3 %)
2018	573 (9 %)	323 (7 %)	627 (9 %)	124 (4 %)
2019	526 (9 %)	376 (9 %)	613 (10 %)	94 (3 %)

Tabelle 24: entfallen

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2019 nach Bundesländern

Schwangerschafts- woche	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	565 (4 %)	1 (0 %)	76 (1 %)	65 (2 %)
13. bis 20.	5 235 (37 %)	3 125 (25 %)	787 (11 %)	793 (22 %)
nach der 20.	8 433 (59 %)	9 311 (75 %)	6 241 (88 %)	2 744 (76 %)

Schwangerschafts- woche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
1. bis 12.	11 (1 %)	98 (2 %)	279 (3 %)	29 (1 %)
13. bis 20.	170 (8 %)	1 223 (28 %)	1 833 (19 %)	661 (22 %)
nach der 20.	1 871 (91 %)	3 100 (70 %)	7 296 (78 %)	2 294 (77 %)

Schwangerschafts- woche	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1. bis 12.	231 (2 %)	2 224 (6 %)	274 (6 %)	170 (10 %)
13. bis 20.	3 991 (28 %)	11 868 (33 %)	1 187 (25 %)	582 (34 %)
nach der 20.	9 846 (70 %)	22 284 (61 %)	3 230 (69 %)	967 (56 %)

Schwangerschafts- woche	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
1. bis 12.	407 (7 %)	103 (3 %)	405 (7 %)	4 (0 %)
13. bis 20.	2 101 (36 %)	1 300 (30 %)	1 690 (27 %)	314 (12 %)
nach der 20.	3 329 (57 %)	2 898 (67 %)	4 118 (66 %)	2 406 (88 %)

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2019 nach Bundesländern

Lebensform	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	7 428 (52 %)	6 459 (52 %)	3 410 (48 %)	1 139 (32 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5 069 (36 %)	4 294 (34 %)	2 685 (38 %)	1 635 (45 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 736 (12 %)	1 684 (14 %)	1 009 (14 %)	828 (23 %)

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	969 (47 %)	2 016 (46 %)	5 292 (56 %)	934 (31 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	752 (37 %)	1 804 (41 %)	3 167 (34 %)	1 382 (46 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	331 (16 %)	601 (13 %)	949 (10 %)	668 (23 %)

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	7 024 (50 %)	18 594 (51 %)	2 549 (54 %)	978 (57 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	4 427 (31 %)	10 826 (30 %)	1 357 (29 %)	513 (30 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2 617 (19 %)	6 956 (19 %)	785 (17 %)	228 (13 %)

Lebensform	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	2 019 (35 %)	1 533 (36 %)	3 316 (53 %)	1 084 (40 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	2 476 (42 %)	1 905 (44 %)	1 753 (28 %)	922 (34 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 342 (23 %)	863 (20 %)	1 144 (19 %)	718 (26 %)

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	155 (100 %)	54 (100 %)	63 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (83 %)	78 (50 %)	49 (91 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	77 (50 %)	5 (9 %)	12 (19 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	148 (100 %)	52 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (82 %)	72 (50 %)	47 (90 %)	52 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	149 (100 %)	52 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	73 (49 %)	46 (88 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (51 %)	6 (12 %)	12 (19 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	55 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	49 (89 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	6 (11 %)	11 (19 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	50 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	45 (90 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	10 (19 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	53 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	75 (50 %)	48 (91 %)	50 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (9 %)	11 (18 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	76 (50 %)	43 (90 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	122 (100 %)	156 (100 %)	49 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	101 (83 %)	80 (51 %)	44 (90 %)	53 (83 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (10 %)	11 (17 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245 (100 %)	181 (100 %)	81 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	168 (69 %)	158 (87 %)	81 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	77 (31 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (70 %)	157 (87 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	75 (30 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (74 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	62 (26 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	177 (73 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	64 (27 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (75 %)	159 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	232 (100 %)	189 (100 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	168 (89 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	21 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (74 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (90 %)
Staatlich/kommunal	61 (26 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	2 (10 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	230 (100 %)	188 (100 %)	77 (100 %) ⁵	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	167 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	57 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	228 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (77 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	53 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	222 (100 %)	183 (100 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (77 %)	162 (89 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	50 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)

⁵ Nachträgliche Korrektur gegenüber Sozialdatenbericht 2017.

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	49 (100 %)	50 (100 %)	40 (100 %)
Freie Trägerschaft	61 (76 %)	47 (96 %)	37 (74 %)	40 (100 %)
Staatlich/kommunal	19 (24 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (78 %)	46 (96 %)	37 (74 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	18 (22 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	51 (100 %)	36 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (81 %)	46 (96 %)	38 (75 %)	36 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (4 %)	13 (25 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	64 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	44 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	42 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	43 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	41 (95 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	48 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	37 (77 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (23 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	57 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	46 (81 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (19 %)	0 (0 %)

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2019 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5-facher RS AL = 2-facher RS	2,0 x RS (Härtefälle 2,5 x RS) + Familienzuschläge 90 % v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO: 4 x RS Paare u. HA; 5 x RS Alleinstehende (Bruttobezüge)	Einkommensgrenze Stiftung – Grundlage Bruttobezüge: AL = 5 x RS Paare/LG = 4 x RS HA = 3 x RS Härtefallregelung: § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO AL = 5 x RS HA = 4 x RS
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	HV = 2 x RS HA = 1 x RS + Unterkunftskosten	AL: 3 x RL HV/HA: 2 x RL Kinder: 1 ½ RL zuzügl. Warmmiete	RS x 1,5 bzw. RS x 2 bei AL	1,5-facher RS bei HV und HA; 2-facher RS bei AL
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5 x RS HA = 2,5 x RS	HV = 3 x RS HA = 2 x 80 % RS HA (0 – 5 J.) = 1,5 x 60 % RS HA (6 – 13 J.) = 1,5 x 70 % RS HA (14 – 24 J.) = 1,5 x 80 % RS AL = 3,75 x RS + Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5 x RS; AL = 2 x RS + Mehrbedarf für Schwangere + tatsächliche Kosten für Unterkunft + tatsächliche angemessene wirtschaftliche Ausgaben	AL = 2,5 x RS + KdU; ansonsten 1,5 x RS + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5 x RS AL 2 x RS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit	HV/HA = 2,0 x RS AL = 2,5 x RS + KdU+Mehrbedarf HV/HA Erwerbstätigkeit	HV = 2 x RS AL = 3 x RS zzgl. Unterbringungskosten	HV/HA = 1,5 x RS und AL/HA = 2,0 x RS+ Mehrbedarf für Schwangere + angem.KdU; u.U. 20 %-ige Übersteigerung d. Netto; § 53AO; Folgeanträge möglich

Abkürzungen:

AL: Alleinerziehende; angem.: angemessene; AO: Abgabenordnung; HA: Haushaltsangehörige/r; HV: Haushaltsvorstand;
KdU: Kosten der Unterkunft/Unterbringung; RL: Regelleistung; RS: Regelsatz

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2019 nach Bundesländern

Durchschnittsbe- trag in Euro	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2010	1 124	1 029	626	495
2011	1 085	1 250	599	536
2012	1 154	1 218	562	559
2013	1 071	1 251	559	509
2014	983	1 380	605	557
2015	759	1 210	628	661
2016	802	1 109	595	687
2017	633	1 039	543	711
2018	628	1 142	679	800
2019	759	1 305	806	852

Durchschnittsbe- trag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2010	454	619	684	435
2011	467	549	744	455
2012	459	525	758	478
2013	463	569	721	502
2014	450	537	689	535
2015	395	501	692	544
2016	381	483	595	589
2017	374	487	581	597
2018	428	526	684	722
2019	450	594	703	780

Durchschnittsbe- trag in Euro	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2010	523	597	832	715
2011	548	616	953	751
2012	579	608	987	754
2013	557	590	942	725
2014	545	565	819	801
2015	545	526	805	713
2016	470	486	829	538
2017	527	484	800	545
2018	560	501	813	588
2019	653	536	934	645

Durchschnittsbe- trag in Euro	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2010	616	514	517	630
2011	653	575	517	606
2012	738	550	517	678
2013	779	585	518	726
2014	779	595	519	746
2015	755	628	531	804
2016	713	622	465	778
2017	788	617	432	813
2018	860	691	481	843
2019	964	745	526	955

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2019 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	2 359 (17 %)	929 (7 %)	362 (5 %)	0 (0 %)
Bis 600 Euro	4 991 (35 %)	709 (6 %)	665 (9 %)	329 (9 %)
Bis 1 000 Euro	2 208 (15 %)	4 873 (39 %)	5 447 (77 %)	2 251 (62 %)
Bis 1 500 Euro	4 496 (32 %)	4 306 (35 %)	231 (3 %)	992 (28 %)
Über 1 500	179 (1 %)	1 620 (13 %)	399 (6 %)	30 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	557 (27 %)	351 (8 %)	239 (2 %)	1 (0 %)
Bis 600 Euro	1 147 (56 %)	1 759 (40 %)	3 477 (37 %)	1 475 (49 %)
Bis 1 000 Euro	335 (16 %)	2 137 (48 %)	5 253 (56 %)	757 (25 %)
Bis 1 500 Euro	13 (1 %)	161 (4 %)	358 (4 %)	735 (25 %)
Über 1 500 Euro	0 (0 %)	13 (0 %)	81 (1 %)	16 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	946 (7 %)	3 195 (9 %)	749 (16 %)	48 (3 %)
Bis 600 Euro	7 646 (54 %)	23 166 (64 %)	1 554 (33 %)	464 (27 %)
Bis 1 000 Euro	2 901 (21 %)	8 995 (25 %)	414 (9 %)	869 (50 %)
Bis 1 500 Euro	2 400 (17 %)	944 (2 %)	1 461 (31 %)	291 (17 %)
Über 1 500 Euro	175 (1 %)	76 (0 %)	513 (11 %)	47 (3 %)

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	477 (8 %)	2 (0 %)	1 180 (19 %)	152 (6 %)
Bis 600 Euro	1 258 (22 %)	214 (5 %)	3 974 (64 %)	370 (14 %)
Bis 1 000 Euro	1 788 (31 %)	3 169 (74 %)	993 (16 %)	1 162 (42 %)
Bis 1 500 Euro	1 292 (22 %)	888 (20 %)	48 (1 %)	847 (31 %)
Über 1 500 Euro	1 022 (17 %)	28 (1 %)	18 (0 %)	193 (7 %)

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	beides	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	beides	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	1 223 179	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja (in Euro)/nein	nein	nein	nein	10 000

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja (in Euro)/nein	nein	nein	270 000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja (in Euro)/nein	23 800	1 710	nein	33 657

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	7
Tabelle 2:	Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 3:	Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland	8
Tabelle 4:	entfallen	
Tabelle 5:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 6:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 7:	Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen	10
Tabelle 8:	Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII.....	10
Tabelle 9:	Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	11
Tabelle 10:	Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2018	11
Tabelle 11:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel.....	12
Tabelle 12:	Orientierungsrahmen	12
Tabelle 13:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt	12
Tabelle 14:	Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern....	17
Tabelle 15:	Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern.....	18
Tabelle 16:	Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern.....	19
Tabelle 17:	Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	20
Tabelle 18:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern	21
Tabelle 19:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern	22
Tabelle 20:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern	23
Tabelle 21:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern	24
Tabelle 22:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern	25
Tabelle 23:	Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern.....	26
Tabelle 24:	entfallen	
Tabelle 25:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2019 nach Bundesländern.....	27
Tabelle 26:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2019 nach Bundesländern	28
Tabelle 27:	Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern.....	29
Tabelle 28:	Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2019 nach Bundesländern.....	33
Tabelle 29:	Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2019 nach Bundesländern	34
Tabelle 30:	Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2019 nach Bundesländern.....	35
Tabelle 31:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	36
Tabelle 32:	Orientierungsrahmen	36
Tabelle 33:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung.....	36